

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

16. WP - 9. Sitzung

## **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 10. Sitzung

am Freitag, dem 11. November 2005, 9:15 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses**

Astrid Höfs (SPD) Vorsitzende  
Hartmut Hamerich (CDU)  
Susanne Herold (CDU)  
Manfred Ritzek (CDU)  
Peter Sönnichsen (CDU)  
Rolf Fischer (SPD)  
Anette Langner (SPD)  
Hans Müller (SPD)

### **Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses**

Werner Kalinka (CDU) Vorsitzender  
Peter Lehnert (CDU)  
Ursula Sassen (CDU)  
Monika Schwalm (CDU)  
Wilfried Wengler (CDU)  
Peter Eichstädt (SPD)  
Thomas Hölck (SPD)  
Klaus-Peter Puls (SPD)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hanse-  
stadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenar-  
beit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten 4**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/348 (neu)

(überwiesen am 10. November 2005 an den Europaausschuss)

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Europaausschusses und des Innen- und Rechtsausschusses um 9:17 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der beiden Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/348 (neu)

(überwiesen am 10. November 2005 an den Europaausschuss)

Abg. Spoorendonk bezieht sich auf ihren Redebeitrag im Parlament zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs und kritisiert noch einmal, dass die Parlamentarier bei durch die Landesregierung ausgehandelten Staatsverträgen nur noch die Möglichkeit hätten, ihnen im Nachhinein zuzustimmen. Sie betont, die Parlamentarier müssten sich entscheiden, ob sie auch in Zukunft die von der Regierung vorbereiteten Staatsverträge einfach nur abnicken und sich damit abfinden wollten, bei Staatsverträgen als Parlament keine Gestaltungsmöglichkeit zu haben.

Sie geht sodann auf den Inhalt des vorliegenden Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten ein und erklärt, im Prinzip sei der Inhalt sozusagen ein Selbstgänger, allerdings müsse man diesen Staatsvertrag auch im Zusammenhang mit der derzeit geführten Diskussion in der Öffentlichkeit über den Nordstaat sehen. Deshalb hätte sie sich eine gesonderte Beratung im Ausschuss über den Inhalt des Staatsvertrages gewünscht, um insbesondere zu klären, wie sich der Schleswig-Holsteinische Landtag zukünftig positionieren und in die Ostseekooperation, Ostseezusammenarbeit und Ostseepolitik einbringen wolle.

Abg. Fischer stellt fest, dass es Abg. Spoorendonk offensichtlich um zwei Bereiche gehe, zum einen um die Frage, wie das Parlament mit Staatsverträgen allgemein umgehe, und zum anderen um den Inhalt des konkret zur Verabschiedung anstehenden Staatsvertrages. Die SPD-Fraktion sei grundsätzlich bereit, über die Frage zu diskutieren, wie das Parlament stärker in

die Vorbereitung und Beschlüsse von Staatsverträgen eingebunden werden könne, sie sei jedoch nicht der Auffassung, dass der vorliegende Staatsvertrag eine Schwächung der Position des Landes Schleswig-Holstein in der Europa- und Ostseepolitik bedeute. Seine Fraktion plädiere vielmehr dafür, dass sich das Parlament heute klar für diesen Staatsvertrag ausspreche und damit ein Signal nach außen sende, das Schleswig-Holstein bei diesem wichtigen Thema mit Hamburg eng kooperiere.

Abg. Puls weist darauf hin, dass die Fraktionen von SPD und CDU zurzeit über eine Gesetzesvorlage berieten, die die frühzeitige Einbindung des Parlamentes in die Verhandlungen über Staatsverträge beinhalte. Geplant sei, die erste Lesung des Gesetzentwurfs in der Januar-Tagung des Landtages durchzuführen. Alle Fraktionen seien eingeladen, sich einzubringen und den Gesetzentwurf mit zu unterzeichnen.

In der anschließenden Abstimmung beschließen beide Ausschüsse einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten, Drucksache 16/348 (neu), unverändert dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 9:23 Uhr.

gez. Astrid Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin